



Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Spandau Aktionsplan

Fortschreibung 2014 bis 2020



Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen



Impressum

Bezirkliches Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Spandau

Rathaus Spandau

Öztürk Kiran

Carl-Schurz-Str. 2/6

13578 Berlin

Tel.: 030 90279 3322

E-Mail: kiran@ba-spandau.berlin.de

Inhalt

1. Die Strategie der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin.....	4
2. Das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit in Spandau	4
3. Arbeitsweise des BBWA	5
4. Die Förderprogramme.....	5
4.1 Lokales Soziales Kapital (LSK)	5
4.2 Partnerschaft Entwicklung Beschäftigung (PEB)	6
4.3 Wirtschaftsdienliche Maßnahme (WdM EFRE)	6
5. Die Handlungsfelder	6
5.1 Handlungsfeld 1 „Spandau Lokal – Die lokale Wirtschaft fördern“	6
5.2 Handlungsfeld 2: „Vielfalt fördern“	7
5.3 Handlungsfeld 3: „Gesundheitswirtschaft“	7
5.4 Handlungsfeld 4: „Kreativwirtschaft“	8
5.5 Handlungsfeld 5: Klimaschutz und Nachhaltigkeit	8

1. Die Strategie der Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit in Berlin

Die Bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit (BBWA) gibt es seit 1999 in allen Berliner Bezirken. Sie sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Akteurinnen und Akteuren, die sich auf der Bezirksebene für mehr Beschäftigung, Inklusion und die Förderung der Wirtschaft einsetzen.

Da die jeweilige Steuerungsrunde des Bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit über die zu fördernden Projekte entscheidet (der Fördermittelgeber prüft vorher, ob die Projekte grundsätzlich förderfähig sind), werden durch das BBWA wichtige Weichen für den Bezirk gesetzt.

2. Das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit in Spandau

Das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit kann in Spandau bereits auf viele Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Zu den Kernaufgaben des BBWA gehören die Setzung der Förderschwerpunkte im Aktionsplan (Handlungsfelder), die Auswahl der eingereichten Projektvorschläge, die Vernetzung der bezirklichen Akteurinnen und Akteure oder Agierenden, die Begleitung der Projekte, die Bündelung finanzieller Ressourcen und die Öffentlichkeitsarbeit.

Für die Umsetzung von förderfähigen Projektideen stehen dem BBWA spezielle Programme zur Verfügung, die sich aus den Europäischen Strukturfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) speisen. Aus dem ESF werden die Programme „Lokales Soziales Kapital“ (LSK) und das Programm „Partnerschaft Entwicklung und Beschäftigung“ (PEB), aus dem EFRE das Programm „Wirtschaftsdienliche Maßnahmen“ (WdM) finanziert.

Die durch den Steuerungsausschuss des BBWA beschlossenen Handlungsfelder dieses Aktionsplans spiegeln die Potenziale und Defizite des Bezirks wider, der sich durch seine Berliner Randlage ein sehr eigenständiges Profil bewahrt hat. Spandau besitzt eine wunderschöne, intakte und autofreie Altstadt, die zum Flanieren einlädt. Spandau besitzt darüber hinaus touristische Highlights, wie die weit über Berlin hinaus bekannte Zitadelle, das Fort Hahneberg, Marinas an der Havel und das dörfliche Gatow.

Mit über 20.000 Beschäftigten in der Industrie (16,5 % berlinweiter Anteil) in seinen knapp 300 Betrieben aus dem verarbeitenden Gewerbe - von rund 7.000 in ganz Berlin - werden ca. knapp 2 Milliarden Euro Umsatz generiert. Hier zeigt sich die Tradition des größten Industriestandortes in der Hauptstadt.

Doch die Umbrüche und Änderungen der Produktions- und Betriebsabläufe bringen auch einen Rückzug von Industriebetrieben mit sich.

Neben der Industrie ist auch ein hohes Potenzial an Akteurinnen und Akteuren der Gesundheitswirtschaft aufzuweisen und die Unternehmen der Kreativwirtschaft etablieren sich langsam an diesem interessanten Standort.

In einige Gebiete Spandaus ziehen aufgrund des hier noch verfügbaren vergleichsweise günstigen Mietraums zunehmend einkommensschwächere und Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Migrationshintergründen, die es zu integrieren gilt. Der Regionale Sozialbericht Berlin und Brandenburg 2015 zeigt auf, dass in Spandau zunehmend mehr Arme wohnen. 18,6 Prozent der Spandauerinnen und Spandauer haben ein Einkommen unter den Schwellenwerten. Das sind bei einem alleinstehenden Menschen 841 Euro. Darüber hinaus werden in Spandau zunehmend mehr geflüchtete Menschen untergebracht (derzeit knapp 5.000), die ebenfalls integriert werden sollen.

3. Arbeitsweise des BBWA

Das zentrale Entscheidungsgremium des BBWA ist die Steuerungsrunde, deren Vorsitz die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister hat. In dieser Steuerungsrunde sind Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks, der Arbeitsagentur und des Jobcenters und andere wichtige Akteurinnen und Akteure vertreten. Die Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung festgelegt.

4. Die Förderprogramme

Die Bündelung finanzieller Ressourcen ist ein erklärtes Ziel des BBWA. Deshalb können Projekte mit allen zur Verfügung stehenden Fördermitteln unterstützt werden. Die im Folgenden dargestellten drei Förderprogramme sind speziell an das BBWA gekoppelt. Die Auswahl der Projekte erfolgt jeweils durch die Steuerungsrunde des BBWA. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Projekte in die hier im Aktionsplan festgelegten Handlungsfelder passen.

4.1 Lokales Soziales Kapital (LSK)

Zielgruppe: Arbeitslose, auch Langzeitarbeitslose und Nicht-Erwerbstätige, darunter anteilig über 54-Jährige

Durch das Programm werden im Land Berlin sogenannte Mikroprojekte finanziell unterstützt mit dem Ziel der Verbesserung der sozialen Integration und der Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von besonders arbeitsmarktfernen und von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen.

Projekte können mit maximal 10.000 Euro gefördert werden.

Informationen unter: <http://www.bbwa-berlin.de>

4.2 Partnerschaft Entwicklung Beschäftigung (PEB)

Zielgruppe: Arbeitslose, auch Langzeitarbeitslose und Nicht-Erwerbstätige, darunter anteilig über 54-Jährige

Die Ziele dieses Programms sind Arbeitsmarktintegration, die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und die Erhöhung der sozialen Integration auf der lokalen Ebene. Aufgrund des Modellcharakters der Projekte können neue Konzepte getestet werden und verschiedene Ansätze zur Zielerreichung genutzt werden (z.B. Beratung, Coaching, sozialpädagogische Begleitung, praktische Erprobung).

Die Gesamtkosten können bis zu 500.000 Euro betragen. 50 % können über ESF-Mittel gefördert werden, 50% über nationale Kofinanzierung aus Landesmitteln und anderen öffentlichen oder privaten Mitteln (z.B. Mittel der Jobcenter, Eigenmittel der Träger).

Informationen unter: <http://www.bbwa-berlin.de>

4.3 Wirtschaftsdienliche Maßnahme (WdM EFRE)

Mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kann die Wirtschaftskraft im Bezirk nachhaltig gestärkt werden. In benachteiligten Quartieren kann es durch Einsatz dieses Mittels zu positiven Beschäftigungseffekten führen.

Zeitlich befristete Maßnahmen und Projekte können lediglich durch das Bezirksamt beantragt werden.

Die Finanzierung wird jeweils hälftig vorgenommen. 50% der Projektkosten werden aus EFRE-Mitteln und die weiteren 50% müssen ko-finanziert werden. Pro Projekt stehen maximal 250.000 Euro EFRE-Mittel zur Verfügung. Die verbindliche Auswahl der Projekte erfolgt in der Steuerungsrunde des BBWA und in einem eigens bestellten Bewilligungsausschuss auf der Landesebene.

5. Die Handlungsfelder

5.1 Handlungsfeld 1 „Spandau Lokal – Die lokale Wirtschaft fördern“

Der Umbruch in den Industriebetrieben der Hauptstadt macht es auch in Spandau notwendig, ein besonderes Augenmerk auf die Bestandspflege der verbliebenen Unternehmen und die Neuansiedlung von Betrieben zu legen. Am Beispiel Industrie 4.0 müssen die Standortvorteile schärfer herausgearbeitet und die ansässigen Unternehmen befähigt werden, ihre Produkte und Anwendungen zu Pilot- und Leitanwendungen werden zu lassen.

Zunehmend werden an die Betriebe besondere Anforderungen im Bereich Energieeffizienz und Abfallmanagement gestellt, wobei insbesondere kleine und mittlere Unternehmen nicht über ausreichend personelle Kapazitäten und fachliches Know-how verfügen, um einen optimalen Einsatz von Ressourcen zu gewährleisten. Die Beratung von Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Etablierung eines intelligenten Energiemanagements sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien wird als Zukunftsinvestition als notwendig erach-

tet und ausdrücklich begrüßt. Der nachhaltigen Ausrichtung von Gewerbegebieten kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Die touristisch interessanten Orte in Spandau gilt es weiter zu erschließen und einer breiteren Bekanntheit zuzuführen. Der Ausbau der touristischen Infrastruktur ist der Schlüssel zur erfolgreichen und eigenständigen Vermarktung innerhalb der Hauptstadt. Es sind nicht nur der Wassertourismus, die Festungsbauwerke und die größte in sich geschlossene Fußgängerzone Berlins, es sind vor allem die vermeintlich kleinen Orte und Themen, die ebenfalls in den Mittelpunkt des touristischen Interesses gerückt werden müssen.

Der hohe Anteil von Migrantinnen und Migranten in einigen Stadtteilen legt nahe, sich der Entwicklung von Unternehmen der ethnischen Ökonomie anzunehmen, aber auch die Potenziale der ethnischen Vielfalt in allen Bereichen des Zusammenlebens zu nutzen.

5.2 Handlungsfeld 2: „Vielfalt fördern“

Vielfalt zu fördern bedeutet, die Beschäftigungsfähigkeit und soziale Integration von arbeitsmarktfremden und von sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen zu erhöhen. Vielfalt zu fördern bedeutet weiterhin, die Teilhabe von Menschen mit Benachteiligungen am allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern und dadurch zusätzliche, dringend benötigte Beschäftigungspotentiale zu erschließen.

Langzeitarbeitslosigkeit, körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigungen, eine familiäre Zuwanderungsgeschichte sowie höheres Alter können den Zugang zum Arbeitsmarkt nachhaltig erschweren oder verhindern. Erhebliche Potentiale für die Personalgewinnung und Fachkräfteentwicklung drohen dadurch ungenutzt zu bleiben.

Die Allgemeine Erklärung der UN-Menschenrechtscharta verpflichtet die Staaten, ihre Politik auf die Erreichung von Vollbeschäftigung auszurichten, um so bestehende Arbeitslosigkeit zu verringern. Die UN-Behindertenrechtskonvention postuliert das Recht auf Arbeit für alle Menschen und die staatliche Pflicht, dieses Recht durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten. Das Berliner Partizipations- und Integrationsgesetz verlangt den gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt für alle Migrantinnen und Migranten.

Vor diesem Hintergrund fördert das Bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit Projekte zur Verbesserung der Integrations- und Qualifizierungschancen der o. g. Personengruppen. Dazu zählen auch Geflüchtete, soweit sie Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Ziel ist die Arbeitsmarktintegration sowie die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Integration dieser Menschen. Darüber hinaus werden Projekte gefördert, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber befähigen, Menschen mit Benachteiligungen in ihrem Unternehmen zu beschäftigen.

5.3 Handlungsfeld 3: „Gesundheitswirtschaft“

Die exzellenten Zukunftsperspektiven der Gesundheitswirtschaft Berlins liegen im Bereich Forschung und Ausbildung, Krankenversorgung sowie Medizin und Biotechnologie. Spandau hat mit einem angesehenen und leistungsfähigen Krankenhausangebot, Einrichtungen des

Gesundheitstourismus, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie großen Pharmaunternehmen viele Potentiale.

Eine erste Erfassung der Betriebe und Institutionen mit Bezug zur Gesundheitswirtschaft ergab eine Auflistung von über 4.000 Akteurinnen und Akteuren, inklusive der Apotheken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie der gesundheitspräventiven Angebote.

Die Gesundheitswirtschaft versteht sich nicht allein als rein wirtschaftlicher Faktor. Auf Grund der demographischen Entwicklung wird die Gesundheitsbranche insgesamt eine zunehmende Bedeutung erhalten. Sowohl die Sicherstellung der medizinischen und pflegerischen Grundversorgung als auch die Sicherstellung von genügend ausgebildeten und gut qualifizierten Fachkräften müssen im Fokus aller Anstrengungen stehen. Daher sind Maßnahmen besonders viel versprechend, die die Beschäftigungsfähigkeit von besonders arbeitsmarktfernen Menschen erhöhen.

5.4 Handlungsfeld 4: „Kreativwirtschaft“

Die starke Vernetzung der Spandauer Kreativen bildet einen Wirtschaftsfaktor, den es weiter zu verstetigen gilt. Die Kreativszene arbeitet, engagiert sich und lebt in ihrem Bezirk. Die Sichtbarkeit und ihre Bekanntheit in und um Spandau herum muss weiter gesteigert werden. Der Kooperationswillen innerhalb der Szene kann zu branchenübergreifenden Projekten führen, die in Aufträgen mit den ansässigen Unternehmen (und darüber hinaus) münden sollen.

Diese immer noch im Wachstum befindliche Branche muss in eben dieser Phase maßgeblich unterstützt werden.

Anzubietende Anlaufpunkte und aktive Unterstützung lassen die Anzahl von Kreativen und deren Vernetzung wachsen. Die weitere Identifizierung geeigneter Produktions-, Ausstellungs- und Gemeinschaftsräume und -flächen bringen die gewünschte Ansiedlung und sind bei der erfolgreichen Entwicklung maßgeblich.

5.5 Handlungsfeld 5: Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Berlin soll bis zum Jahr 2050 zu einer klimaneutralen Stadt werden. In einem ersten wichtigen Zwischenschritt sind die CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn neben den öffentlichen Akteurinnen und Akteuren auch Wohnungs- und Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer sowie der Gewerbe-, Handels- und Dienstleistungssektor einen entsprechenden Beitrag dazu leisten.

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung sollen im Bezirk gefördert und im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger - innerhalb und außerhalb der Verwaltung - verankert werden. Ein wichtiges Ziel für unseren Bezirk ist dabei, im Bereich der Bestandsgebäude energetische Sanierung und Klimaanpassungsstrategien zu unterstützen.

Aber auch andere Themen wie klimagerechte Ernährung, Abfallvermeidung und nachhaltige Mobilität sollen als Bausteine einer nachhaltigen Wirtschaftsweise begriffen und durch entsprechende Maßnahmen gefördert werden. Durch breit angelegte Informationskampagnen

und Mit-Mach-Aktionen sollen Handlungsalternativen an die Spandauer Bürgerinnen und Bürger vermittelt werden.

Als weitere große Zukunftsaufgabe müssen Klimaanpassungsstrategien entwickelt werden. Es besteht für jede Grundstücksbesitzerin und jeden Grundstücksbesitzer die Möglichkeit, sich z. B. durch Regenwassermanagement und durch Begrünung von Gebäudeteilen zu beteiligen.